

II-11358 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

ANTRAG

No. 411/A  
Präs.: 6. JUNI 1990  
.....

der Abgeordneten Strobl, Pischl  
und Genossen

betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahr liniengesetz 1952 und  
das Gelegenheitverkehrs gesetz geändert werden

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz vom....., mit dem das Kraftfahr liniengesetz 1952 und das Ge-  
legenheitsverkehrs gesetz 1952 geändert werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Kraftfahr liniengesetz 1952, BGBl.Nr. 84 in der Fassung  
BGBl.Nr.20/1970, sowie der Kundmachung BGBl.Nr.82/1990 wird geändert wie  
folgt:

Nach § 4 wird folgender § 4 a eingefügt:

"§ 4 a (1) Zwischenstaatliche Vereinbarungen über den grenzüberschreiten-  
den Kraftfahr linienverkehr können, wenn dies zur leichteren Durchführung  
dieser Verkehre erforderlich ist, aufgrund dieses Bundesgesetzes abge-  
schlossen werden.

(2) In den Vereinbarungen ist vorzusehen, daß die Einrichtung grenzüber-  
schreitender Kraftfahr linien auf der Grundlage der Gegenseitigkeit der von  
diesen Kraftfahr linien berührten Staaten zu erfolgen hat und nach Maßgabe  
der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften einer Konzession (Geneh-  
migung) bedarf. Ferner ist grundsätzlich nur eine grenzüberschreitende Be-  
förderung der Fahrgäste vorzusehen.

- 2 -

## (3) Weiters kann vereinbart werden

1. die Einbringung aller Ansuchen im Wege der zuständigen Behörden des Heimatstaates des Konzessionswerbers. Diese schließen dem Ansuchen ihre Stellungnahme an und leiten sie an die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei weiter.
2. das regelmäßige Zusammentreten der zuständigen Behörden der Vertragsparteien zur Besprechung der Anträge auf Einrichtung, Änderung und Einstellung des Betriebes von Kraftfahrlinien, sowie zur Abstimmung der Fahrpläne, Fahrpreise und Beförderungsbedingungen."

## Artikel II

Das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, BGBl.Nr.85/1952, zuletzt geändert durch BGBl.Nr.399/1988, wird wie folgt geändert:

§ 9a Abs. 1 erster Satz hat zu lauten:

"9a.(1) Vereinbarungen über die grenzüberschreitende Beförderung von Personen gemäß § 9 dieses Bundesgesetzes oder über die grenzüberschreitende Beförderung von Personen gemäß § 32 Abs. 4 GeWO 1973 (nichtlinienmäßiger Personenwerkverkehr) können auf der Grundlage dieses Bundesgesetzes geschlossen werden, wenn der Umfang des zwischenstaatlichen Personenverkehrs dies erforderlich macht."

*In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Verkehrsausschuß zuzuweisen.*

- 3 -

V O R B L A T T1. Problem:

Im Kraftfahrliniengesetz 1952 fehlt die Ermächtigung zum Abschluß von zwischenstaatlichen Vereinbarungen über den grenzüberschreitenden Kraftfahrlinienverkehr.

Das Gelegenheitsverkehrsgesetz 1952 bietet keine gesetzliche Grundlage für den Abschluß von zwischenstaatlichen Vereinbarungen über den grenzüberschreitenden Straßen-Personenverkehr.

2. Ziel

Eine gesetzliche Grundlage für den Abschluß von zwischenstaatlichen Vereinbarungen über den grenzüberschreitenden Kraftfahrlinienverkehr und über den grenzüberschreitenden Straßen-Personenverkehr wird geschaffen.

3. Alternativen:

Keine

4. Kosten:

Aus der Novelle erwachsen dem Bund keine Mehrbelastungen.

## E r l ä u t e r u n g e n

### Allgemeiner Teil

Zur Regelung und Abstimmung des grenzüberschreitenden Kraftfahrlinienverkehrs sowie des grenzüberschreitenden Personenwerkverkehrs werden von den zuständigen Behörden der jeweils beteiligten Staaten zwischenstaatliche Vereinbarungen abgeschlossen. Die fehlende gesetzliche Ermächtigung soll nunmehr geregelt werden.

### Besonderer Teil

#### Zu Art. I:

Anläßlich der Neufassung des Abkommens mit der Bundesrepublik Deutschland trat der Mangel der gesetzlichen Ermächtigung zum Abschluß zwischenstaatlicher Vereinbarungen über den grenzüberschreitenden Kraftfahrlinienverkehr zutage und soll nunmehr behoben werden.

#### Zu Art. II:

§ 9a Abs.1 des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes bietet für den Abschluß von Verwaltungsübereinkommen, in denen unter anderem auch der grenzüberschreitende nichtlinienmäßige Personenverkehr geregelt werden soll - es handelt sich dabei in erster Linie um die tägliche Beförderung von Arbeitnehmern aus dem anderen (Nachbar)staat zur eigenen Betriebsstätte mit firmeneigenen Fahrzeugen und wieder zurück - in der derzeitigen Fassung keine ausreichende Grundlage. Dies deshalb, weil § 9a Abs.1 ausdrücklich nur auf Personenbeförderungen gemäß § 9 legt.cit., somit ausschließlich auf gewerbsmäßige Beförderungen verweist, den nichtlinienmäßigen Personenwerkverkehr aber nicht einbezieht. Dieses Manko wird mit der nunmehr vorliegenden Fassung durch den zuständigen Verweis auf § 32 Abs.4 GeWO 1973 beseitigt.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag ohne erste Lesung dem Verkehrsausschuß zuzuweisen.